

**Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy  
vor dem Europäischen Parlament  
Straßburg, 21. Oktober 2008**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine Damen und Herren,

es ist mir eine Ehre, zu einem für Europa so wichtigen Zeitpunkt erneut vor dem Europäischen Parlament über die Arbeit der Ratspräsidentschaft berichten zu dürfen. Wenn es Ihnen recht ist, will ich versuchen, ganz frei zu sprechen, wie es sich in diesem Gremium – dem Herzen des demokratischen Europa, das wir wollen – auch gehört.

Was haben wir versucht, auf die Beine zu stellen? Zunächst wollte die Ratspräsidentschaft, dass die europäischen Institutionen in allen Krisen, die wir zu bewältigen hatten, zusammenstehen. Ich wollte, dass das Europäische Parlament zu jedem Zeitpunkt an den großen Ereignissen, mit denen wir konfrontiert waren, beteiligt ist. Ich möchte den Vorsitzenden aller Fraktionen danken, die für den Dialog und die Einigkeit mit der Ratspräsidentschaft standen. Ich wollte auch, dass wir mit der Kommission, insbesondere mit ihrem Präsidenten, Hand in Hand arbeiten, Herr Präsident des Europäischen Parlaments, denn unabhängig von möglichen Divergenzen oder Unterschieden zwischen all denen, die hier sitzen, weiß jeder, dass die Spaltung der europäischen Institutionen untereinander eine Schwächung Europas bedeutet, und dass es die Pflicht der Verantwortungsträger ist, zusammenzuarbeiten. Wir werden Europa voranbringen, wenn das Europäische Parlament, die Kommission und der Rat bei den großen Themen übereinstimmen, um Europa Gehör zu verschaffen.

Wir wollten zuallererst, dass dieses Europa geeint ist – was nicht einfach war –, dass es unabhängig denkt – denn die Welt braucht die Ideen Europas – und dass dieses Europa einen Willen hat. Wenn Europa etwas zu sagen hat, dann soll es sich nicht damit zufrieden geben, es zu sagen, sondern es tun. Da war zuerst der Krieg mit der völlig unverhältnismäßigen Reaktion der Russen im Georgienkonflikt. Die Worte haben einen Sinn. Ich sage „unverhältnismäßig“ weil es unverhältnismäßig ist, so zu agieren wie es die Russen in Georgien getan haben. Aber ich sage auch „Reaktion“ weil es, wenn die Reaktion unverhältnismäßig war, zuvor eine völlig unangemessene Aktion gegeben haben muss. Europa muss gerecht sein und darf nicht zögern, ideologische Schemata zu durchbrechen, um eine Botschaft des Friedens zu verbreiten.

Am 8. August hat die Krise begonnen. Am 12. August war ich zusammen mit Bernard Kouchner in Moskau, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Ich sage nicht, dass dies perfekt war, ich sage nur, dass Europa innerhalb von vier Tagen einen Waffenstillstand erreicht hat. Und Anfang September hat Europa die Zusage erhalten für den Rückzug hinter die Linien, die vor Beginn der Krise am 8. August galten. Innerhalb von zwei Monaten hat Europa das Ende eines Krieges und den Rückzug der Besatzungstruppen erreicht. Es gab mehrere Thesen. Manche sagten – und sie hatten ihre Gründe –, dass Dialog unnütz sei und dass die Antwort auf ein

militärisches Vorgehen militärisch sein müsse: verrückt! Europa hat den Fall der Berliner Mauer und des Ende des Kalten Krieges miterlebt. Europa darf nicht Komplize eines neuen Kalten Krieges sein, für den der einzige Grund fehlende Beherrschung wäre.

Dies war ein Problem, das wir mit unseren amerikanischen Verbündeten überwunden haben, die dachten, dass die Reise nach Moskau nicht angebracht war. Trotz allem haben wir mit ihnen Hand in Hand gearbeitet. Sie waren anderer Ansicht als wir, wir haben versucht zusammenzuarbeiten statt gegeneinander zu stehen. Und ganz ehrlich, wenn ich mir den Zustand der Welt heute ansehe, glaube ich nicht, dass wir eine Krise zwischen Europa und Russland brauchen. Das wäre unverantwortlich. Man kann also unsere Gedanken bezüglich der Achtung der Souveränität, der Integrität Georgiens, der Menschenrechte und der Meinungsverschiedenheiten, die wir mit der russischen Führung haben, verteidigen. Aber es wäre unverantwortlich gewesen, die Bedingungen für eine Konfrontation zu schaffen, die wir überhaupt nicht gebrauchen können. In Genf haben Gespräche über den künftigen Status der georgischen Gebiete Südossetien und Abchasien begonnen. Man sagt mir, sie hätten mit Schwierigkeiten begonnen. Hat sich das irgendjemand anders vorgestellt? Wichtig ist, dass sie überhaupt beginnen. Im Übrigen muss ich sagen, dass Präsident Medwedew die Verpflichtungen eingehalten hat, die er gegenüber der Präsidentschaft der Kommission und der EU-Ratspräsidentschaft eingegangen ist, als wir Anfang September Moskau besucht haben.

Europa hat für Frieden gesorgt. Europa hat den Rückzug einer Besatzungsarmee erreicht und Europa wollte internationale Gespräche. Ich glaube, es ist lange her, dass Europa eine solche Rolle in einem derartigen Konflikt gespielt hat. Natürlich bin ich mir aller Zwiespältigkeiten, aller Unzulänglichkeiten, aller Kompromisse, die es einzugehen galt, bewusst. Ich denke aber, dass wir das Maximum dessen erreicht haben, was möglich war; und vor allem, Herr Präsident des Europäischen Parlaments, wenn Europa nicht die Stimme des Dialogs und der Vernunft gesprochen hätte – wer hätte es dann getan? Als wir mit Bernard Kouchner am 12. August nach Moskau und Tiflis aufgebrochen sind, wussten alle Medien weltweit sehr genau: Die Russen waren 40 km von Tiflis entfernt und es war ihr Ziel, das Regime von Michael Saakaschwili zu stürzen. Das war die Realität. Wir sind haarscharf an der Katastrophe vorbeigeschrammt, aber dank Europa, dank eines entschlossenen Europa trat diese Katastrophe nicht ein, auch wenn es noch ein weiter Weg ist, Herr Präsident Pötering, bis die Spannungen in dieser Region sich legen werden.

Die zweite Sache: die Krise. Die unglaubliche, unwahrscheinliche Krise des Finanzsystems, die – sagen wir die Dinge, wie sie sind – am 15. September, und nicht am 7. August 2007, begonnen hat. Am 7. August 2007 bahnte sich eine schwere, besorgniserregende, aber eine – so würde ich sagen – normale Krise an. Am 15. September 2008 begann eine andere Krise. Was ist an diesem Tag passiert? Es war der Bankrott der Lehman Brothers. Die verblüffte Welt entdeckt am 15. September 2008, dass eine Bank Konkurs machen kann. Es steht uns nicht zu – und es steht mir nicht zu – ein Urteil über das zu fällen, was die amerikanische Regierung getan oder gelassen hat. Ich sage nur, und das mit Nachdruck, dass die schwere Krise am 15. September 2008 eine Systemkrise geworden ist, mit dem Zusammenbruch des amerikanischen und dann des europäischen Finanzsystems,

und dann nach und nach anderer Börsenstandorte und Finanzsysteme. Was hat man zu diesem Zeitpunkt versucht zu tun? Es gab den Plan Paulson I, der nicht funktioniert hat. Dies zu sagen, ist keine Kritik, sondern die Beschreibung einer Tatsache. Und zu diesem Zeitpunkt haben wir mit dem Kommissionspräsidenten versucht, eine gemeinsame europäische Antwort zu finden, zunächst in der Eurozone. Herr Präsident, Sie haben darüber gesprochen: Ob man dafür oder dagegen ist, wir haben doch in der Eurozone dieselbe Bank, dieselbe Währung und damit dieselbe Pflicht zur Einigkeit.

Es ist nicht einfach, eine gemeinsame Haltung zu finden. Wir haben zuerst ein Treffen der vier europäischen G8-Staaten vorgeschlagen. Ich will niemanden beleidigen wenn ich sage, dass der Einfluss, zum Beispiel Großbritanniens, auf das Weltfinanzsystem größer ist als der anderer Länder unter den 27 Mitgliedern. Ich habe mir gesagt, wenn es uns gelingt, Engländer, Deutsche, Italiener und Franzosen unter einen Hut zu bringen, dann ist das nicht gegen die anderen Europäer gerichtet, sondern es nützt den anderen Europäern. Natürlich gab es da verschiedene Ansichten, wer könnte uns das vorwerfen? Denn in den ersten Krisentagen wusste man nicht sofort, welche Reaktion die richtige auf eine Krise war, wie man sie in der Geschichte der Wirtschaft, jedenfalls im 20. Jahrhundert, noch nicht erlebt hatte.

Nachdem ich die vier Länder versammelt hatte, schien es mir angebracht, alle Länder der Eurogruppe und die Slowakei, die ihr beitreten wird, zusammenzubringen. Diese zusätzliche Woche hat es uns gemeinsam ermöglicht, die Lösung dafür zu finden, dass die Banken wieder ihrer eigentlichen Arbeit nachgehen können: nämlich Kredite geben. Wir fanden uns in einer Situation wieder, wo die Banken sich untereinander keine Kredite mehr gaben; wo sie kein Geld mehr zu verleihen hatten und das ganze System zusammenbrach: verstaatlichte Banken in Großbritannien, bankrotte Banken in Belgien, ein System außerhalb Europas, aber doch so nahe, das isländische, das zusammenbrach, sehr schlechte Nachrichten aus der Schweiz, und nach und nach waren alle angesteckt, Deutschland, Frankreich, alle. Und wir in der Eurogruppe haben es geschafft, uns auf ein gigantisches Vorhaben zu einigen, 1.800 Milliarden Euro, damit unsere Finanzinstitutionen wieder ihre Arbeit tun können und Sparer und Unternehmer in Europa eine Sicherheit erhalten.

Dann waren wir beim Europäischen Rat, wo die gleiche Strategie verabschiedet worden ist, und von da an konnten wir die Märkte in Europa beruhigen. Die positive Überraschung: Der Paulson II-Plan, und für jeden war zu sehen, dass er sich weitestgehend am europäischen Plan orientiert. Dies hat nichts mit Selbstgefälligkeit zu tun. Es gilt nur zu überlegen: Ist die Krise global, muss die Antwort auch global sein. Die Uhren der Vereinigten Staaten und die Europas müssen gleich ticken.

Aber dies alles ist Krisenmanagement, Herr Präsident. Es ist nichts anderes als Krisenmanagement. Nicht mehr. Was wäre passiert, wenn wir es nicht getan hätten? Aber beantworten wir lieber die richtigen Fragen. Wie konnte dies alles möglich sein? Wie können wir vermeiden, dass dies alles nicht noch einmal passiert? Hat Europa Ideen, für die es einsteht? Hat es eine Politik vorzuschlagen? In diesem Rahmen habe ich im Namen Europas bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen Anfang September vorgeschlagen, einen internationalen Gipfel abzuhalten, um die Grundlagen für ein neues Bretton Woods zu schaffen, so wie nach dem

Zweiten Weltkrieg, und ein neues internationales Finanzsystem einzurichten. Diese Idee macht Fortschritte. Welches Ziel muss Europa die einem solchen Gipfel verfolgen? Europa muss die Idee einer Neugestaltung des globalen Kapitalismus weitertragen. Was passiert ist, war Verrat an den Werten des Kapitalismus. Es ist nicht die Infragestellung der Marktwirtschaft. Keine Regeln, die Belohnung von Spekulanten zum Schaden der Unternehmer usw. Wir müssen die Idee einer neuen Regulierung hochhalten. Europa muss seine Ideen vorschlagen und wird dies auch tun.

Erstens darf keine Bank, Herr Präsident, die mit staatlichem Geld arbeitet, mit Steuerparadiesen zusammenarbeiten. Kein Finanzinstitut, Herr Präsident, darf arbeiten, ohne einer finanziellen Regulierung zu unterstehen. Die Vergütungssysteme der „Trader“ müssen so kalkuliert und organisiert sein, dass sie nicht zu unbedachten Risiken verleitet werden, wie wir es erlebt haben. Die Regeln für die Rechnungslegung unserer Banken dürfen nicht die Krise verschlimmern, sondern mit Ihnen muss man durch die Krise kommen können. Das Währungssystem muss überarbeitet werden. Zwischen festen Wechselkursen und keinen festen Wechselkursen zwischen den Währungen hat man alles alles versucht. Können wir, der Rest der Welt, weiterhin die Verluste der größten Weltmacht tragen, ohne ein Wörtchen mitzureden? Die Antwort ist ganz klar nein. Es bringt übrigens nichts, einen Schuldigen zu benennen. Es bringt nur etwas, Mittel und Wege zu finden, damit so etwas nicht mehr vorkommt.

Es gäbe noch einige andere Dinge zu sagen, aber ich möchte vor allem, dass Europa einen Blick auf die Weltordnung des 21. Jahrhunderts wirft. Wir sollten uns nicht darüber wundern, dass die Dinge nicht funktionieren. Wir sind im 21. Jahrhundert und haben die Institutionen des 20. Jahrhunderts. Der Präsident der Vereinigten Staaten und Europa haben daher ab Mitte November mehrere Gipfel über eine neue Regulierung, eine neue Weltordnung vorgeschlagen. Ich möchte, dass Europa darüber diskutieren kann. Ich werde Gelegenheit haben, meinen Partnern, den Staats- und Regierungschefs, ein Treffen vorzuschlagen, um diese Gipfel vorzubereiten. Die Frage der Neugestaltung unseres Kapitalismus und unseres internationalen Systems ist eine Frage, die gerade für das Europäische Parlament wichtig ist; es muss darüber debattieren, seine Positionen darlegen. Europa muss mit einer Stimme sprechen, damit es eine Chance hat, gehört zu werden.

Wer wird an diesem Gipfel teilnehmen? Es gibt viele Theorien. Ich denke, das einfachste ist die G8, ganz unbestritten, natürlich mit den Russen; außerdem die G5, ebenso unbestritten; so können vor allem Indien und China an dieser außerordentlich wichtigen Debatte beteiligt werden. Genau das ist, gemeinsam mit Präsident Barroso, das Ziel unseres China-Besuchs: die asiatischen Mächte zu überzeugen, sich an dieser Neugestaltung zu beteiligen.

Im Verlauf dieser Präsidentschaft, Herr Präsident, gab es eine dritte Frage, die sehr schwierig ist, nämlich die Zukunft des Klima-Energie-Pakets. Ich bin mir sehr wohl im Klaren darüber, dass Ihre Versammlung bzw. einige Ihrer Fraktionen gespaltener Meinung darüber sind, wie es weitergehen soll. Erlauben Sie mir, meine Überzeugung und die Politik darzulegen, die ich vorzuschlagen beabsichtige. Grundlage des ehrgeizigen Klima-Energie-Pakets ist die Überzeugung, dass die Welt

einer Katastrophe entgegengeht, wenn die Dinge so weiterlaufen wie bisher. So lautet die Analyse. Die Finanzkrise darf kein Argument dafür sein, die Dinge in Sachen Umwelt laufen zu lassen. Als wir beschlossen haben, das Klima-Energie-Paket anzupacken, waren wir uns im Klaren über unsere Verantwortung gegenüber unseren Kindern und der Zukunft unseres Planeten. Das ist eine strukturelle Politik; eine historische Politik. Diese Politik wegen der Finanzkrise aufzugeben, wäre verheerend.

Das wäre verheerend und unverantwortlich. Warum unverantwortlich? Das wäre unverantwortlich, weil Europa auf diese Weise vermitteln würde, dass es nicht entschlossen ist, die in dieser Frage versprochenen Anstrengungen zu unternehmen. Und wenn Europa diese Anstrengungen nicht macht, dann stehen unsere Chancen, den Rest der Welt davon zu überzeugen, dass wir die Gleichgewichte unseres Planeten bewahren müssen, gleich Null. Europa würde also nicht nur vor sich selbst kapitulieren, sondern ebenso vor einer Umwelt-Herausforderung für die ganze Welt. Denn wenn Europa kein Beispiel gibt, dann findet seine Stimme kein Gehör und keine Beachtung. Wenn Europa das nicht macht, wird es niemand an unserer Stelle tun. Wir würden somit einen historischen Moment verpassen.

Was heißt das, nicht dabei zu sein? Für mein Verständnis bedeutet das zwei Dinge: Erstens, die 3x20-Ziele in Frage zu stellen, und zweitens, den Zeitplan, d.h. Ende des Jahres, in Frage zu stellen. Ich beabsichtige jedoch in keiner Weise das Verfahren der Mitentscheidung in Frage zu stellen - dazu habe ich im Übrigen weder die Macht noch den Willen. Wer mir das unterstellt hat, muss schon böse Absichten gehabt haben.

Aber in dieser Angelegenheit haben wir uns mit Präsident Barroso beim Europäischen Rat dafür stark gemacht, dass die Achtung der Ziele und des Zeitplan durchgesetzt werden. Das war nicht leicht. Wir haben jetzt also einige Wochen, um einige unserer Partner zu überzeugen, deren Sorgen ich verstehe. Denn man schafft nicht die Voraussetzungen für einen Kompromiss, wenn man nicht versucht, die Einwände zu verstehen, die jene Länder haben, die nicht einverstanden sind. Es gibt Volkswirtschaften, die zu 95 % auf der Grundlage von Kohlenstoff produzieren. Man kann von ihnen nichts verlangen, was sie in die Knie zwingen würde, wo doch ihre Schwierigkeiten schon so groß sind. Es werden also flexible Mittel und Wege gefunden werden müssen, jedoch unter Achtung der Leitlinien, die ich beim Europäischen Rat vorgeschlagen habe: Einhaltung der Ziele, Einhaltung des Zeitplans.

Herr Präsident, ich werde, vielleicht in einem anderen Rahmen, Gelegenheit haben, diese Frage ausführlicher zu erläutern; jetzt will ich Ihre Geduld jedoch nicht überstrapazieren, Sie sehen: Das ist es, was wir vorhaben, und ich wünsche mir, dass uns alle folgen können.

Ein Wort noch zum vierten Thema, dem Einwanderungspakt. Ich glaube, hier haben wir ein gutes Beispiel für Demokratie in Europa, denn trotz der anfänglichen Meinungsunterschiede konnten wir uns alle auf eine gesteuerte Einwanderungspolitik einigen, eine Politik in Abstimmung mit den Ursprungsländern, so dass wir die Schlüsse aus Schengen ziehen, von dem drei Viertel der europäischen Länder betroffen sind. Auch wenn wir die Visa zwischen unseren Ländern abgeschafft

haben, so ist es doch sinnvoll, dass sich jene Länder, die kein Visum benötigen, um von einem Land in das andere zu reisen, denselben Ansatz für eine europäische Einwanderungspolitik zu eigen machen.

Abschließend will ich noch kurz auf zwei Punkte eingehen.

Erstens: Die Finanzkrise bringt uns eine Wirtschaftskrise. Diese Wirtschaftskrise ist schon da. Es ist unsinnig, sie vorherzusagen, denn wir durchleben sie bereits. Ich kenne die Unstimmigkeiten zwischen einigen Ländern nur zu gut, daher kann ich persönlich mir nicht vorstellen, wie mir jemand weismachen soll, in der Finanzkrise sei eine einheitliche europäische Antwort erforderlich, in der Wirtschaftskrise jedoch brauchten wir eine solche Antwort nicht.

Ein Wort dazu, was unter „einheitlich“ zu verstehen ist. „Einheitlich“ bedeutet nicht, dieselbe Antwort zu liefern. Für die Finanzkrise haben wir einen Instrumentenkasten vorgeschlagen, einen Fahrplan, eine Harmonisierung, eine Koordinierung. Ich denke, dass wir für die Wirtschaftspolitik dasselbe brauchen. Das bedeutet nicht, dass wir alle dasselbe tun, aber zumindest, dass wir die Pflicht haben, darüber zu sprechen, die Pflicht, uns zu informieren und in einigen Fragen die Pflicht, uns abzustimmen. Es gibt mehrere Wege. Erlauben sie mir, eine Idee vorzustellen. Die Börsenwerte haben wieder einen historischen Tiefstand erreicht. Ich möchte nicht, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger in einigen Monaten plötzlich aufwachen und feststellen, dass die europäischen Unternehmen im Besitz nichteuropäischen Kapitals sind – aufgekauft zu den niedrigsten Börsenwerten, zu jämmerlichen Preisen; und dass die Europäer sich dann fragen: Was habt ihr gemacht? Ich verlange, dass sich jeder von uns darüber Gedanken macht, ob es nicht nützlich sein könnte, wenn auch wir in jedem unserer Länder Staatsfonds schaffen, und wir diese nationalen Staatsfonds ab und zu koordinieren, um eine industrielle Antwort auf die Krise zu liefern? Den amerikanischen Plan für die Automobilindustrie habe ich mit großem Interesse verfolgt: 25 Milliarden Dollar Zinsen zu einem unschlagbaren Preis, um die drei großen Automobilhersteller vor dem Bankrott zu retten.

Ich möchte gerne noch etwas zu diesem Thema in Europa sagen. Wir verlangen von unseren Herstellern, und zwar zu Recht, dass sie jetzt saubere Autos bauen und dazu ihren Produktionsapparat völlig verändern. Dank des Umweltbonus sind so jetzt 50 % der in meinem Land verkauften Autos saubere Autos. Kann man nun die europäische Autoindustrie in einer Situation schwerster Wettbewerbsverzerrungen mit ihren amerikanischen Konkurrenten zurücklassen, ohne die Frage nach der sektorbezogenen europäischen Politik zu stellen, um die europäische Industrie zu verteidigen? Das bedeutet nicht, dass man den Binnenmarkt in Frage stellen muss. Es bedeutet auch nicht, dass man den Wettbewerbsgrundsatz in Frage stellen muss. Es bedeutet, dass Europa eine einheitliche Frage stellen und eine Antwort geben muss, die nicht naiv sein darf, angesichts der Konkurrenz durch die anderen großen Regionen in der Welt. Es ist unsere Pflicht, dass wir in Europa weiter Flugzeuge, Schiffe, Züge, Autos bauen können, weil Europa eine leistungsfähige Industrie braucht. In diesem Politikbereich wird sich die Ratspräsidentschaft besonders engagieren.

Und schließlich als letzten Punkt: die Institutionen. Die Institutionen sind nicht das einzige europäische Thema; es war nicht richtig, sich zu ausschließlich dieser Frage zu widmen. Die Institutionen sind dennoch ein Thema. Es ist meine Überzeugung,

dass wir durch die Krise zur Reform der europäischen Institutionen aufgerufen sind; dass die Krise erfordert, dass Europa eine ebenso wirkungsvolle und ebenso schnelle Antwort wie jede andere große Einheit in der Welt geben kann, wie die Vereinigten Staaten es gemacht haben angesichts des Dramas, das die Finanzkrise darstellt.

Ich gehöre zu denen, die denken, es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir die Reform unserer Institutionen nicht durchführen würden. Ein schwerer Fehler, vor allem, weil es nicht vernünftig wäre, dass der Vorsitz alle sechs Monate wechselt, wenn es darum geht, so komplizierte Fragen wie Georgien, Russland, die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise zu behandeln. Wie auch immer man bei den letzten Wahlen gewählt haben mag – gestatten Sie mir, Ihnen ganz offen zu sagen: Wenn man Europa liebt und wenn man will, dass Europa mit einer Stimme spricht, dann scheint es mir nicht vernünftig zu meinen, das müsste alle sechs Monate wechseln.

Also müssen wir mit Präsident Barroso einen Fahrplan für den Monat Dezember aufstellen, damit wir sehen, wie wir eine Antwort auf die irische Frage geben. Ich habe die Absicht, diesen Fahrplan vor Ablauf der französischen Ratspräsidentschaft vorzuschlagen und in gegenseitigem Einvernehmen die Mittel und Wege aufzuzeigen, die da herausführen. Ich will übrigens noch eine letzte Sache sagen: Es ist nicht möglich, dass der Euroraum ohne eine klar definierte Wirtschaftsregierung weitermacht. Man kann so nicht weitermachen. Ich will die EZB würdigen, ich will meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, dass die EZB unabhängig sein muss; aber damit die EZB umfassend handeln kann, muss sie mit einer Wirtschaftsregierung sprechen können. Genau das macht den Vertrag aus.

Was den Vertrag ausmacht, ist der Dialog, die Demokratie und die beiderseitige Unabhängigkeit. Und nach meiner Vorstellung übrigens ist die wahre Wirtschaftsregierung der Eurogruppe eine Eurogruppe, die sich auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs trifft. Und wie verblüfft war ich, als ich dieses Treffen gefordert habe und feststellen musste, dass es zum ersten Mal seit der Einführung des Euro stattfindet. Mal ehrlich: Man führt eine Währung ein, man schafft eine Zentralbank, man hat eine einheitliche Währungspolitik und man hat keine Wirtschaftsregierung, die diesen Namen verdient.

Die Anstrengung, Herr Kommissar Almunia, einen Präsidenten zu wählen, Finanzminister zu wählen – ich war bei der Entscheidung dabei, ich war damals selbst Finanzminister – diese Anstrengung ist heilsam, und ich will übrigens hier Jean-Claude Junckers und auch Ihre Arbeit würdigen. Aber ich will eines sagen: Wenn die Krise die Ausmaße annimmt, die wir heute kennen, dann wird ein Finanzministertreffen allein der Schwere der Krise nicht gerecht. Und als es darum ging, die Summen freizusetzen, die wir freigesetzt haben, da mussten nicht die Schatzmeister auftreten, sondern die Staats- und Regierungschefs, die allein über die demokratische Legitimität verfügen, solch schwerwiegende Entscheidungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch vieles zu sagen. Ich will nur abschließend hinzufügen, dass die Welt ein Europa braucht, das mit einer lauten Stimme spricht. Das ruht auf Ihren Schultern. Das ruht auf den Schultern der Kommission.

Das ruht auf den Schultern des Rates, und ich möchte Ihnen allen sagen, wie wichtig es für die Ratspräsidentschaft war, über die Unterschiede hinaus die Solidarität eines Europäischen Parlaments zu spüren, das gleich zu Beginn verstanden hat, wie schwer die Krise ist und das bereit war – diese Ehre gilt Ihnen –, über unsere unterschiedlichen Sensibilitäten hinauszugehen und die Voraussetzungen für die Einheit Europas zu schaffen. Das wollte ich Ihnen sagen, weil ich das wirklich denke.

Ich danke Ihnen.